
Liebe Leserinnen und Leser,

der Lärm der Laubsauger macht es deutlich: Der Herbst ist da und so langsam darf man sich auf salztriefende Straßen und das alljährliche Silvestergetöse „freuen“... Hinzu kommen die Donner- und Kanonenschläge der neuen Bundesregierung. Mehr dazu gibt es von Wolfgang Guhle hier im Newsletter bzw. auf der BBU-Homepage. Außerdem gibt es im Newsletter wieder Einblicke in vielfältige Umweltprobleme, die deutlich machen, dass organisierter Umweltschutz unverzichtbar ist.

Herbstliche Grüße von der BBU-Newsletterredaktion !

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Bundestagswahl: Die Straße wird breiter und stärker

Kommentar von Wolfgang Guhle, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes des BBU



Natürlich kann man sich schwarz ärgern, weil die neue Bundesregierung alles andere als das Gelbe vom Ei sein wird. Auf der anderen Seite werden die politischen Verhältnisse neu gemischt und neue Zuordnungen notwendig. Das lässt sich auch an der möglichen Entwicklung des Themas Atomausstieg darstellen. (...).

Die gesamte Energiepolitik, nicht nur die Atompolitik, soll offensichtlich in enger Abstimmung mit den Konzernen gestaltet werden. Nur so ist es zu verstehen, dass statt einer Fachfrau wie der badenwürttembergischen Umweltministerin Tanja Gönner, der fachlich unbedarfte bisherige Parlamentarische Staatssekretär der CDU-Fraktion Norbert Röttgen

zum Bundesumweltminister berufen wurde. Mit ihm übernimmt quasi der Spitzenverband der deutschen Industrie, der BDI, das BMU. (...).

Das Ergebnis der Bundestagswahlen bietet deshalb auch Umweltverbänden, Aktionsgruppen und Bürgerinitiativen die Chance, sich personell zu verstärken. (...).

Deshalb sollten wir den Menschen nach dieser Bundestagswahl Mut machen, nicht in Agonie und Trübsal zu verfallen, sondern sich einzumischen und bereit zu sein zu gestalten. Und wer bisher nur zugeschaut hat und sich lediglich informieren ließ - wie auch vielleicht manche(r) BBU-Newsletter-Leser(in) - sollte sich einklinken, bei einer Bürgerinitiative oder bei der nächsten Aktion in seiner Nähe.

Wenn die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Fortsetzung der Atomenergie ist, wenn sich diese Mehrheit in der Gesellschaft im Parlament nicht wiederfindet, dann muss sich diese Mehrheit außerhalb des Parlamentes artikulieren: Auf der Straße. Die Straße wird nach diesen Bundestagswahlen stärker und breiter!

Anmerkung der Newsletter-Redaktion: Aus Platzgründen konnte der Kommentar nicht vollständig veröffentlicht werden. Den ganzen Text findet man auf der BBU-Homepage unter <http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Bundestagswahl%2009%20Kommentar.pdf>.)
Foto: <http://www.gorleben-archiv.de>.

Wundertüte: Anti-Atomkraft-Aufkleber

(U.B.): Der bekannte Anti-Atomkraft-Aufkleber mit der roten Sonne erscheint wieder zunehmend im Straßenbild: Auf Fahrrädern, Briefkästen oder auf Laternenpfählen. Um die Verbreitung der Aufkleber zu fördern und um die internationale Vernetzung der Anti-Atomkraft-Bewegung zu unterstreichen, gibt es jetzt 10 verschiedensprachig gemischte Anti-Atomkraft-Aufkleber zum „Wundertütenpreis“ von 5,-Euro (incl. Porto + Verpackung. Einfach 5 Euro in einem Umschlag zur BBU-Geschäftsstelle (Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn) schicken, und die Absenderangabe nicht vergessen. Oder 5 Euro auf das BBU-Konto bei der Sparkasse Bonn (BLZ 37050198), Konto-NR.: 1900.1965 einzahlen. Verwendungszweck und Adressangabe nicht vergessen.



Natürlich können auch mehr als 10 Aufkleber bestellt werden! Und wenn eine konkrete Sprache gewünscht wird? Einfach in der BBU-Geschäftsstelle nachfragen, in welchen Sprachen „Atomkraft? Nein Danke!“ erhältlich ist.

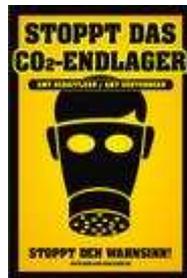
2. Vereinsrecht

Haftungsfragen

„Der Bundesrat hat am 21.09.2009 mit seiner Zustimmung den Weg für Verbesserungen im Vereinsrecht freigemacht. Ab jetzt gibt es eine Haftungsbegrenzung für ehrenamtlich tätige Vereinsvorstände (...).“ Den gesamten Bericht mit Informationen zu den Neuregelungen gibt es unter <http://www.rudern.de/Nachricht.1092+M521128a026d.0.html>.

3. Themenbereiche

CCS / CO2-Speicherung



Protest-Rap-Songs gegen das geplante CO2-Endlager

„Musikalisches bestimmte den Mittwochsstammtisch der Bürgerinitiative (BI) gegen das CO2-Endlager: Die Nordfriesische Gruppe "De Inspringer" aus Bargum und Umgebung und die Rapper-Formation "Extra-Large" aus Leck waren gekommen. Beide Gruppen haben einen Song zum Thema CO2 komponiert und trugen sie vor über 150 begeisterten Zuhörern in Bussmanns Gasthof in Wallsbüll vor“, so war am 9. Oktober im Flensburger Tagblatt zu lesen.

<http://www.shz.de/lokales/flensburger-tageblatt/artikeldetails/article/218/co2-kritik-mit-ohrwurmcharakter.html>

Beide CDs der Musiker können in der Geschäftsstelle der Bürgerinitiative in Schafflund erworben werden. <http://www.kein-co2-endlager.de/kontakt.html>. Außerdem gibt es das Video zum Protest Rap-Song „Stopp diesen Wahnsinn (CO2-Endlager)“ von der Gruppe Extra-Large unter <http://www.photovoltaik-guide.de/extralarge-stoppt-diesen-wahnsinn-coendlager-6231>.
Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Energiepolitik

Das neue AKW in den Niederlanden verhindern!

(U.B.): Von den ehemals zwei in Betrieb befindlichen AKW in den Niederlanden ist „nur“ noch das AKW Borssele in Betrieb. Jetzt gibt es konkrete Pläne zum Bau eines neuen AKW in den Niederlanden: Borssele 2. Den Sammeleinspruch des BBU dagegen findet man auf der BBU-Internetseite unter <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Borssele%20%20BBU-Sammeleinspruch.pdf>. Unterstützt die Einspruchsammlung, verbreitet Unterschriftenlisten, verlinkt den Sammeleinspruch auf euren Internetseiten und schreibt möglichst auch einen individuellen Einspruch. Weitere deutschsprachige Informationen gibt es unter <http://www.wirtschaft.nrw.de/400/100/index.php>. Der BBU steht im Kontakt zur niederländischen Anti-Atomkraft-Bewegung. Wer im deutschen Grenzgebiet zu den Niederlanden (oder anderswo) wohnt, und gemeinsam den Protest verstärken möchte, kann sich in der BBU-Geschäftsstelle melden. Infos zum Protest gibt's auch hier: <http://beta.greenaction.de/kampagne/kein-neues-akw-in-borssele>.

Anti-Atomkraft Herbstkonferenz

Im Rahmen des Sozialforums in Deutschland kamen am 17. und 18. Oktober Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet im Wendland zusammen. In der Abschlusserklärung heißt es u. a.:

„Der Weiterbetrieb von Atomanlagen ist unverantwortlich. Der Betrieb von Atomkraftwerken als permanente Gefahrenquelle als auch das nicht lösbare Problem einer dauerhaft sicheren Verwahrung der produzierten Abfälle lassen nur eine Forderung zu: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! (...).

Entsprechend konzentrieren sich die Aktivitäten in den kommenden Monaten nicht nur auf Atomkraftwerke und die sogenannten Endlagerstandorte, sondern auch auf die Zentralen der Energiekonzerne. Verlängerte Laufzeiten für und Investitionen in Dinosauriertechnik stehen einem Ausbau einer intelligenten Nutzung erneuerbarer Energie massiv im Weg.

Ein ganzes Bündel an geplanten Aktionen wurde vorgestellt.

- am 7. November dezentrale Aktionen im ganzen Bundesgebiet
- ‚Atomausstieg ist Handarbeit‘ am 20. Dezember in Ahaus
- Behinderungen von anstehenden Transporten von MOX-Brennelementen aus Sellafeld nach Grohnde
- Massenhafte Einwendungen gegen die geplante Betonflutung der Atommüllgrube Morsleben
- Aktionen an den Zentralen der Energieversorgungsunternehmen am Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Harrisburg am 27. März
- Aktionen an den Stationen der Atomspirale, die erste am 4. April an der Urananreicherungsanlage Gronau
- anlässlich des Tschernobyl-Jahrestag am 24. April zentrale Demonstrationen an drei Standorten der Atomspirale
- Querstellen bei Castorenttransporte im Herbst nach Ahaus und Gorleben
- Eine Ende des Baustopps in Gorleben wird nicht ohne Antwort des Widerstands bleiben.“

Quelle und Kontakt: <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>

Kontroverse um Desertec:

Durchbruch für Solarstrom oder Ablenkungsmanöver der Atomindustrie?

Am 13. Juli hat eine Gruppe europäischer Unternehmen die Absicht bekannt gegeben, mit der DESERTEC Foundation von den EU-Staaten aus im Nahen Osten und Nordafrika (EUMENA) solarthermische Kraftwerke und Windparks zu errichten, deren Übertragungsverlustreduzierter Strom bis nach Europa geliefert werden soll.

Zu den Unterstützern und Betreibern des DESERTEC-Konzeptes gehören bundesdeutsche AKW-Betreiber, –Erbauer und -Finanzierer wie RWE und E.O.N., Siemens, die Deutsche Bank und HSH Nordbank. Die FDP soll DESERTEC in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben, die 26. Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen hat die Unterstützung des Wissenschafts-Netzwerkes TREC, das das DESERTEC-Konzept entwickelt hat, beschlossen.

Als persönliche Unterstützer wurden neben Angela Merkel auch Horst Seehofer, Frank W. Steinmeier, Gerhard Schröder und Joschka Fischer genannt. Letzterer soll als Repräsentant von RWE sich um Desertec besonders kümmern. In den zweiköpfigen Vorstand von Desertec ist nun auch der ehemalige BUND-Geschäftsführer Dr. Gerhard Timm gelangt.

Doch dieser illustre Unterstützer- und Betreiberkreis löst nicht nur Begeisterung und hoffnungsfrohe Erwartung (Grünen- MdB Hans Josef Fell) sondern auch Misstrauen und Befürchtungen (SPD-MdB Herman Scheer) aus. Im Magazin Zeozwei (Magazin für Umwelt, Politik und neue Wirtschaft) vom 15. Oktober betrachtet der Grüne Fell in einem Streitgespräch Desertec „als Initialzündung für eine Ökologisierung der Wirtschaft“, während der SPD-Linke Scheer darin mehr ein Ablenkungsmanöver erkennt, das die Förderung der erneuerbaren Energien in den EU-Staaten nivellieren und die Dezentralisierung verhindern soll. www.zeozwei.de/allgemein/»das-ist-ein-pakt-mit-dem-teufel« 28-09-2009 195

Wolfgang Guhle, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes

Uranexport

(U.B.): Der BBU engagiert sich seit geraumer Zeit (oft federführend durch die BBU-Mitgliedsgruppe AKU Gronau) gegen Urantransporte von der Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau nach Russland. Jetzt ist das Thema bundesweit hochgekocht. Der Urenco-Konzern, der u. a. die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau betreibt, hat eingeräumt, dass rund 27.000t abgereichertes Uranhexafluorid von Gronau nach Russland verbracht worden sind. Der BBU hat zur aktuellen Auseinandersetzung zwei Pressemitteilungen veröffentlicht:

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/14.10.09.htm>

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202009/16.10.09.htm>

Allgemeine Berichte zu den Uranexporten gibt es unter

<http://news.google.de/news/search?pz=1&cf=all&ned=de&hl=de&q=uranhexafluorid&cf=all&scoring=n>.

Mehrheit der Bevölkerung Lüchow- Dannenbergs will endgültiges Aus für Schwarzbau Gorleben

„Anlässlich der jüngsten Äußerungen der Bürgermeister der Gemeinde Gorleben, Herbert Krüger, und der Samtgemeinde Gartow, Friedrich- Wilhelm Schröder (beide CDU), sowie des Samtgemeinde- Fraktionsvorsitzenden der SPD, Klaus Hofstetter, den 2000 verhängten Baustopp des Salzstockes Gorleben „schnellstmöglich“ aufzuheben, betont die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg, dass die große Mehrheit der Bevölkerung des Landkreises Lüchow- Dannenbergs für ein endgültiges Ende der Erkundungsarbeiten des Bergwerkes Gorleben eintritt.“

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/mehrheit-der-bevolkerung-luechow-dannenbergs-will-endgueltiges-aus-fur-schwarzbau-gorleben#more-2118>

Morsleben: Illusionen zerplatzen!

Auftaktaktion für Einwendungs-Kampagne am Samstag, 24. Oktober, 15.00 Uhr am Atommüll-Lager in Morsleben

„Ab 22. Oktober werden die Planunterlagen für die Schließung des Bergwerks Morsleben zwei Monate lang öffentlich ausgelegt, wie im Bundesanzeiger zu lesen war. Die Morsleben-Einwendungs-Kampagne startet daher am Samstag, dem 24. Oktober, mit einer fulminanten Auftaktveranstaltung am Gelände des so genannten Endlagers. Unter dem Titel „Illusionen zerplatzen“ rufen der BUND Sachsen-Anhalt und die Trägerorganisationen der Kampagne zur farbenfrohen und zahlreichen Teilnahme auf. Zum Trägerkreis gehört auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). „Wir demonstrieren gemeinsam mit den Endlagerstandort-Initiativen den politischen Schulterchluss.“ Von Lüchow aus fährt am 24. Oktober um 12.30 Uhr ein Bus zur Demo nach Morsleben. Das BI-Büro bittet um telefonische Anmeldung unter 05841- 4684.“

Aus einer Pressemitteilung der BI Lü-Da,

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/chronologisch/pressemitteilungen/morsleben-illusionen-zerplatzen-2#more-2176>

Nachtrag der Newsletter-Redaktion:

Laut Helmstedter Nachrichten beteiligten sich 100 Personen an der Aktion am 24.10.: <http://www.newsclick.de/index.jsp/menueid/2044/artid/11164422>: „Der in Helmstedt gegründeten Bürgerinitiative (BI) Morsleben geht es nun um Aufklärung. Sie vertraut darauf, dass viele Bürger Einwendungen gegen die im Helmstedter Rathaus ausgelegten Stilllegungspläne erheben. „Verfüllen und Abdichten mit Beton kann nicht die Lösung sein“, warnt Andreas Fox.“

Auf dem Weg zu 100% erneuerbare Energien

Die diesjährige RegioSolar-Konferenz wird am **13. und 14. November** in **Erfurt** stattfinden! Organisiert wird die Konferenz vom BSW-Solar in Zusammenarbeit mit dem SolarInput e.V. als regionalem Mitveranstalter. Unterstützt wird die Konferenz vom Bundesumweltministerium sowie der Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen. Die Konferenz richtet sich als bundesweite Plattform an regionale und kommunale Entscheidungsträger. Sie bietet engagierten Initiativen sowie Multiplikatoren aus Wirtschaft, Politik, Planung und Verwaltung Raum zur Vernetzung und einem gezielten Informations- und Erfahrungsaustausch. In Fachvorträgen werden Themen im Bereich Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Elektro-Mobilität präsentiert und diskutiert. Gespräche mit Gleichgesinnten informieren über regionale und überregionale Aktivitäten. In Workshops werden regionalspezifische sowie fachübergreifende Themen diskutiert.

Quelle und weitere Konferenzinfos: <http://www.regiosolar.de/konferenz>

Nanotechnik

Umweltbundesamt warnt vor Nanomaterialien:

„Doch jetzt warnt das Umweltbundesamt (UBA). „Die Frage, welche Wirkung technisch hergestellte Nanomaterialien auf den Menschen und die Umwelt haben, ist noch nicht genügend beantwortet“, schreiben die UBA-Fachleute in ihrem am Mittwoch vorgelegten Bericht über Chancen und Risiken der Nanotechnik. Vor allem, welche Auswirkungen die Teilchen im menschlichen Körper haben, sei nur wenig erforscht. Toxikologische Langzeituntersuchungen fehlen bislang. Die Winzigkeit der Partikel birgt laut UBA beispielsweise die Gefahr, dass sie viel eher die natürlichen Barrieren im Körper überwinden – die Blut-Hirn-Schranke etwa.“

Aus: <http://www.mainpost.de/nachrichten/dasthema/Keine-Kleinigkeit;art1748,5337792>

Naturschutz

Wieviel Mensch verkraftet ein Naturschutzgebiet?

„Der Konflikt ist angekommen: Die eine Seite muss – rechtlich vorgeschrieben – die Emsaue als Naturtrittstein entwickeln, Naturschützer würden im Schulterschluss weitergehen, während Hundehalter, Spaziergänger und Naturbeobachter sich nicht verbannen lassen wollen aus diesem Naherholungsgebiet vor der Haustür. Und dann sind da noch die Bauern, die um ihre Existenz bangen und jeden Quadratmeter Fläche brauchen.“ Vollständiger Artikel unter

<http://www.emsdettenervolkszeitung.de/lokales/emsdetten/evlo/Emsdetten-Wieviel-Mensch-verkraftet-ein-Naturschutzgebiet-;art954,695949>

Schadstofffreisetzungen

Neu: Schadstofffreisetzungs- und verbringungsregister (PRTR) beim UBA

Seit dem 03.06.09 gibt es beim Umweltbundesamt (UBA) das deutschlandweite PRTR mit Schadstoffemissionen in die Luft, in Boden, in Gewässer und (über die Kanalisation) in externe Kläranlagen sowie über entsorgte gefährliche und nicht-gefährliche Abfälle. Das Register enthält große Industriebetriebe, z. B. Verbrennungsanlagen, Metallindustrie, Chemische Industrie, Abfallverbrennung, Deponien, Papierherstellung, Lebensmittelherstellung, Intensivtierhaltung etc. Es umfasst 91 Schadstoffe, die maßgeblich zu Luftverschmutzung, Klimaveränderung und Gewässerbelastung beitragen.

Nachteil des Registers: Es sind nur diejenigen Schadstoffmengen enthalten, die über einem festgelegten Emissionsschwellenwert liegen.

http://www.prtr.bund.de/frames/index.php?PHPSESSID=9d531cc40a7849249b1652ffa0116d57&gui_id=P_RTR

Harald Gülzow, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstand

Toner

Laserdrucker 1

(U.B.): Immer wieder wird über die Gefahren der Tonerstäube berichtet, auch im BBU-Newsletter. Die Zeitschrift ComputerBild hat jetzt auch aktuell auf die Gefahren der Laserdrucker hingewiesen. Sicherlich gehört diese Zeitschrift nicht zu den Speerspitzen der deutschsprachigen Umweltpresse. Dennoch soll hier ein relevanter Teil aus <http://www.openpr.de/news/354063/Laserdrucker-mit-Schwaechen-und-Gift.html> dokumentiert werden:

„Besonders unerfreulich: Einige Hersteller haben in Sachen gesundheitsgefährdende Schadstoffe noch immer nicht dazugelernt. So ermittelten die Experten bei zwei Druckern sehr hohe Feinstaubwerte. Beim Epson EPL-6200L waren es 127.000 Partikel pro Kubikzentimeter, beim Oki B410d sogar 275.000 Partikel pro Kubikzentimeter. Zum Vergleich: An Straßen mit hoher Belastung wurden bis zu 120.000 und nur in Spitzen mehr als 200.000 Partikel pro Kubikzentimeter gemessen. Außerdem hatten vier Drucker giftige „flüchtige organische Verbindungen“ (TVOC) im Toner. Drei der vier Geräte belasteten mit diesen Schadstoffen auch die Raumluft, nur drei Drucker blieben unter den Grenzwerten. Der Testverlierer von Epson erwies sich als wahre Giftscheuder. Er erhielt deshalb die Gesamtnote „ungenügend“.“

Laserdrucker 2

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) leitete 2004 ein Risikobewertungsverfahren ein und kam am 31.3.2008 zu dem Ergebnis, dass gesundheitliche Risiken durch Emissionen von Laserdruckern nicht ausgeschlossen werden können. (...) Auf Nachfrage von nano-Control gab das BfR am 25.05.2009 zu: "Das BfR hat keine Erkenntnisse zur Schadstoffbelastung von Tonern". Dies stellt die gesamte Risikobewertung in Frage! Das Amt lehnt es weiter ab, die Wirkungen durch Expositionsstudien aufzuklären, was kurzfristig und kostengünstig möglich wäre. Es wird als ausreichend angesehen, dass der Industrieverband BITKOM ein industrienahes Institut mit Untersuchungen zur Emission ultrafeiner Partikel beauftragt und dass neue Prüfkriterien für den Blauen Engel entwickelt werden.

Namhafte Wissenschaftler, die sich im „Freiburger Kreis“ zusammen geschlossen haben und die Innenraumluftkommission der Bundesregierung sind dagegen der Auffassung, dass sich die Risiken nur durch Expositionstestungen klären lassen. In einer Stellungnahme vom 14.8.2009 empfiehlt das BfR dem Bundesumweltministerium, sich nicht an der von der Stiftung nano-Control und wissenschaftlichen Experten vorgeschlagenen Untersuchungsreihe zur Testung von Laserdruckern und deren Wirkungen zu beteiligen. Das Umweltbundesamt hat sich auf Nachfrage der Stiftung nano-Control für die Untersuchungen ausgesprochen. Das Bundesumweltministerium prüft jetzt erneut.

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner, der das BfR untersteht, hatte am 13.8.2009 auf Vorhalt der Emissionen öffentlich gesagt: "Wenn das stimmen sollte, was Sie erzählt haben, muss das von der Gewerbeaufsicht verboten werden". Es stimmt! - Und nun, Frau Aigner? nano-Control hat die [Forschungsinitiative 2009](#) gestartet und wird die Gesundheitsschädigungen durch Laserdrucker notfalls auch ohne staatliche Beteiligung aufklären. nano-Control bittet um Spenden. Aus: *Pressemitteilung der Stiftung nano-Control vom 1. Okt. 09.* Infos: www.nano-control.de.

Verkehr

Protest gegen den Bau der B 26n

„BN-Vize Schönauer fasste seine Einwände in einer flammenden Rede in drei Stichworten zusammen: „Kein Bedarf, kein Geld, Heimat zerstört“. Bayern habe eines der dichtesten Verkehrsnetze der Welt, betonte er. Eine unheilige Allianz von Lobbyisten, die am Straßenbau verdienen, und gutgläubigen Lokalpolitikern wolle den Menschen seit langem einreden, dass neue Straßen die Lösung aller Probleme mit sich brächten. Gerade den großen Konzernen gehe es aber in keiner Weise um die Entlastung der Menschen vor Ort, sondern vielmehr einzig und allein um den eigenen Profit.“

Aus: <http://www.mainpost.de/lokales/wuerzburg/-bdquo-Wir-muessen-dieses-Monster-stoppen-ldquo-;art38482,5327573>

Wasser

VSR on tour

„178 Milligramm Nitrat pro Liter fand der Verein zum Schutze des Rheins und seiner Nebenflüsse (VSR-Gewässerschutz e.V.) gestern im oberflächennahen Grundwasser eines Wörrstädter Brunnens. "Dieser Wert ist extrem hoch", erklärt der Pressesprecher des Vereins, Harald Gülzow. Bei Gießwasser sollte der Nitratwert nicht höher als 100 Milligramm sein. Durch die Untersuchungen können die Umweltschützer Entwicklungen, wie zum Beispiel steigende Nitratkonzentrationen oder Versäuerungen im Wasser frühzeitig erkennen.“

Aus: <http://www.allgemeine-zeitung.de/region/alzey/vg-woerrstadt/woerrstadt/7726366.htm>. Der VSR ist eine BBU-Mitgliedsinitiative. Weitere Infos unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de>

4. Terminhinweise

Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Die Anti-Atomkraft-Bewegung legt keine Pause ein. Es geht mit vollem Elan weiter gegen die Atomindustrie! Terminübersichten gibt es z. B. hier:

<http://www.anti-atom-aktuell.de> und hier <http://www.castor.de/8termine.html>.

Friedensbewegung

Termine aus der Friedensbewegung gibt es u. a. hier:

<http://www.friedenskooperative.de/index.html>

01.11.2009: Gronau, 14.00 Uhr, Sonntagsspaziergang an der Urananreicherungsanlage (UAA)

15.11.2009: Ahaus: Sonntagsspaziergang gegen das Castor-Atommüll-Lager, 14.00 Uhr. Infos: <http://www.bi-ahaus.de>

18. – 21.03.2010: **Landshuter Umweltmesse**; Infos: <http://www.la-umwelt.de>.

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 10 / 2009, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.11.2009. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.